Entwicklung des Geschäftsganges in Schlesien ist somit zurzeit eine gewisse Stockung als Reaktion gefolgt, während die beiden anderen Industriegebiete unter dem Zeichen einer weiteren, frisch pulsierenden Entwicklung stehen. Die Steigerung der Beschäftigtenzahl hat naturgemäß den Andrang der Arbeitsuchenden stark vermindert, und in Verbindung hiermit hat die Zunahme der offenen Stellen das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte äußerst günstig beeinflußt. Auf je 100 offene Stellen kamen im Januar und Oktober in Rheinland-Westfalen 260,71 bezw. 183,48, in Schlesien 166,56 bezw. 96,08 und im Königreich Sachsen 210,19 bezw. 137,00 Arbeitsuchende. Diese Entlastung des Arbeitsmarktes zeigt ebenfalls den Aufschwung in den deutschen Industriegebieten.

Deutsches Reich.

Der liebe Gott für das Dreiklassenwahlrecht.

Auf der Generalversammlung des Bundes der Landwirte für Ostpreußen hat v. Oldenburg-Januschau den lieben Gott und seinen eingeborenen Sohn zur Erde herabbemüht, damit sie das Eindringen des „koddrigen Liberalismus und Radikalismus" in das preußische Abgeordnetenhaus verhindern sollen. „Christus der Retter ist da", rief der Januschauer Ritter, und der werde es nicht dulden, daß an der Wahlrechtsfrage „gemaddert wird". Wörtlich:

„Wir werden unseren Mann stellen in dem Bewußtsein, daß wir es sind, die zu verteidigen haben Preußen, Deutschland, Europa, die Welt! Der liebe Gott hat die Hohenzollern nicht so gnädig geführt und Preußen durch so viele Stürme siegreich schreiten lassen, damit es nun Schiffbruch leide, in dem es dem Liberalismus und Radikalismus eine breite Straße öffne zum Eintritt in das preußische Abgeordnetenhaus."

Wie sich der liebe Gott und Christus zum Bunde der Landwirte in Ostpreußen verhalten, das zu beurteilen fehlt uns die Kompetenz. Das aber der heilige Geist in der Generalversammlung nicht anwesend war, ist deutlich zu bemerken. Und schließlich ist auch Christus, wenn die Ueberlieferung recht hat, kein ostpreußischer Kornverteurer, sondern ein Mann ohne Ar und Halm gewesen und er würde, lebte er zu seinem Unglück heute im heiligen Lande Ostpreußen, in der dritten Klasse wählen.

Herr v. Oldenburg auf Januschau täte gut, den lieben Gott im Himmel zu lassen, sich selber aber schleunigst in eine Kaltwasserheilanstalt zu begeben.

Die Schiffahrtsabgaben.

Der von der preußischen Regierung ausgearbeitete Tarifentwurf für die Erhebung von Schiffahrtsabgaben auf dem Rhein, Main und Neckar sieht fünf Klassen vor mit Sätzen von 0,1, 0,08, 0,06, 0,04, 0,02 Pfg. für das Tonnen-Kilometer. Neben der von der Schiffsladung erhobenen Abgabe soll eine weitere Abgabe auf Personendampfer und Flöße entfallen. Abgabenfrei sollen bleiben leere Schiffe, Güter und Schiffe von höchstens 200 Tonnen, Güter, die dem Reich oder dem Haushalt eines Bundesstaates gehören, Güter und Schiffe, die den Zwecken einer bundesstaatlichen Strombauverwaltung dienen, und zuletzt Güter, die im Durchgangsverkehr über oberrheinische oder andere süddeutsche Häfen von und nach Oesterreich, der Schweiz, Italien und Frankreich befördert werden.

Wie das Gerasche Tageblatt meldet, bereist eine dreigliedrige Kommission der preußischen Regierung gegenwärtig die Thüringer Staaten, um die Stimmung der Regierungen zur Frage der Schiffahrtsabgaben zu ermitteln. Wie es heißt, sollen die Thüringer Staaten gegen die genannten Abgaben sein.

Die Interpellation über die Stellung Badens zu den Schiffahrtsabgaben, die folgenden Wortlaut hat: „Was kann die Großherzogl. Regierung über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen betr. die Schiffahrtsabgaben mitteilen? Hat die Regierung mit anderen Bundesstaaten Fühlung genommen, um die dem gesamten deutschen Wirtschaftsleben drohende große Gefahr abzuwenden?" wird heute Freitag vor der badischen Zweiten Kammer verhandelt werden. Die Regierung wird voraussichtlich Gelegenheit zu Erklärungen nehmen, die sich durchaus mit dem in der sächsisch-badischen Denkschrift geltend gemachten, den Landesinteressen gemäß sachlich entschieden ablehnenden Standpunkt decken. Die in norddeutschen Blättern versuchte Deutung, als ob Baden an ein Zurückweichen denke, ist unzutreffend.

Der Zwangsarbeitsnachweis der Zechenherren.

Aus Essen wurde berichtet, daß die vier Bergarbeiter-Organisationen die Errichtung einer **Ueberwachungsstelle** für die **Handhabung des Zwangsarbeitsnachweises** des Zechenverbandes planen. Auf eine Anfrage hat der Vorstand des Bergarbeiterverbandes geantwortet, die Nachricht sei frei erfunden.

•

Der Verband Deutscher Arbeitsnachweise hatte den Zechenverband in Essen aufgefordert, den Zwangsarbeitsnachweis aufzugeben und statt dessen den paritätischen Arbeitsnachweis einzuführen. Der Zechenverband hat, wie zu erwarten war, diese Aufforderung jetzt „höflich aber kühl" abgelehnt, indem er u. a. bemerkt: „Ein paritätisch verwalteter Facharbeitsnachweis bietet uns im Hinblick auf den ständigen Kampf zwischen dem alten sozialdemokratischen Bergarbeiterverband und dem Verband christlicher Bergarbeiter — den stärksten Organisationen im hiesigen Bezirk — keinerlei Gewähr dafür, daß die Regelung des Arbeitsmarkts in wirklich gesunde Bahnen gelenkt werden kann, um so weniger, als es keinem Zweifel mehr unterliegen kann, daß die freundlichere Haltung der Organisationen gegenüber dem paritätischen Arbeitsnachweis allein darauf zurückzuführen ist, daß auch diese Form des Arbeitsnachweises ihren Zwecken im Kampfe gegen die Arbeitgeber leicht dienstbar gemacht werden kann."

Mit dieser Antwort macht der Zechenverband brüsk das Zugeständnis, daß sein Zwangsarbeitsnachweis den einzigen Zweck verfolgt, mit den brutalsten Mitteln den Kampf gegen die Arbeiter zu führen.

Das Kattowitzer Exempel.

Gegen die Stadtverordnetenwahlen in Kattowitz ist von der Zentrumspartei und den Polen Protest beim Magistrat eingegangen, wodurch die Gültigkeit der Wahlen angefochten wird. Hauptsächlich wird gerügt, daß die mittleren und unteren Beamten unter dem Druck der Vorstände und Vorgesetzten bei den Stichwahlen gestimmt hätten. Die gemaßregelten Lehrer haben in einem an den Kultusminister gerichteten Schreiben um Zurücknahme der Versetzungen gebeten.

Kapitalistische Steuerscheu.

Zur Steuerhinterziehungsfrage liefert Dr. W. Claassen im letzten Heft der agrarischen Volkswirtschaftlichen Blätter bemerkenswertes Material. Er untersucht die wirkliche und die durch die Steuerveranlagung festgestellte Größe des mobilen Kapitalvermögens in Preußen und kommt zu dem Ergebnis, daß in Preußen **etwa 34 Milliarden Mark mobiles Vermögen der Wohlhabenden der rechtmäßigen Besteuerung entzogen werden.**

Diese agrarische Rechnung ist offenbar die Revanche für die Aufdeckung des agrarischen Steuerbetrugs durch Professor Delbrück.

Zweifellos haben beide Teile recht!

Gemeinderatswahlen in Württemberg.

In Neuenbürg wurden zwei Nationalliberale, ein weiterer Bürgerlicher und ein Sozialdemokrat gewählt. — In Vaihingen a/F. wurden zwei Bürgerliche und zwei Sozialdemokraten gewählt. — In Birkenfeld ging die sozialdemokratische Liste, der ein Gegenvorschlag gar nicht erst entgegengestellt wurde, glatt durch. Infolgedessen wurden zwei Sozialdemokraten und ein Bürgerlicher gewählt. — In Knittlingen wurde der sozialdemokratische Vertreter wiedergewählt. — In Dürrmenz-Mühlacker wurden zwei Sozialdemokraten, ein Volksparteiler und ein Unparteiischer gewählt. — In Großsössen gelang es, den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Parteiorganisation mit der höchsten Stimmenzahl in den Gemeinderat zu wählen. — In Geislingen siegte das Kartell der „Linken", Sozialdemokratie und Liberale, über das Zentrum. Es wurden zwei Liberale, ein Unparteiischer und ein Sozialdemokrat gewählt. — In Lorch wurden vier Bürgerliche und ein Sozialdemokrat gewählt. — In Schramberg war der Wahlkampf sehr heftig, die Beteiligung betrug 91 Prozent. Auf der einen Seite gingen Sozialdemokratie, Volkspartei und freisinniger Bürgerverein, auf der anderen Zentrum und Nationalliberale (!) zusammen. Gewählt wurde je ein Vertreter der Sozialdemokratie, der Volkspartei, des Bürgervereins und des Zentrums. — In Hegensberg wurde ein Sozialdemokrat gewählt.

Bodmann als Held.

Karlsruhe, 16. Dezember. In der Budgetkommission kam man heute beim Titel Polizeiverwaltung auch auf den Demonstrationszug zu sprechen, der am 3. d. M. nach einer sozialdemokratischen Versammlung in Mannheim stattfand. Der Minister Bodmann erklärte dazu, daß, wenn die Massen Ausschreitungen begangen hätten und Blut geflossen wäre, würde die Verantwortung dafür den Veranstaltern zufallen. „Denn", so sagte der Minister, „in dieser Beziehung kenne ich keine Zurückhaltung, und wenn ich zugreife, werde ich fest zugreifen!"

Herr Bodmann scheint lebhafte Sehnsucht zu haben, im Lager der Scharfmacher und Volksfeinde als „eiserner" Minister verehrt zu werden. Außerdem scheint es ihm durchaus unbekannt zu sein, daß Ausschreitungen im Verlaufe von Demonstrationen nur dann vorkommen, wenn sich ohne Grund und Anlaß Polizei einmischt.

Militärdebatten in der bayrischen Kammer.

Im bayrischen Abgeordnetenhause begann am Mittwoch die Generaldebatte über den Militäretat, der zwar reichsgesetzlich festgelegt und unabänderlich ist, aber von der bayrischen Volksvertretung zur Diskussion von Wünschen und Beschwerden benutzt wird. Genosse Rollwagen gab eine scharfe Kritik der Kaisermanöver, deren Kostspieligkeit er als unvereinbar mit der finanziellen Lage im Reich und in Bayern bezeichnete. Mit besonderer Schärfe verwies Redner auf die krassen Unterschiede je nach der Charge in den Urteilen der Militärgerichtsbarkeit.

Der Zentrumsabgeordnete Giehrl gab der Trauer Ausdruck über die Zerreißung der zu den Kaisermanövern kommandiert gewesenen bayrischen Truppen, die seine Partei empfinde. „Die bayrischen Truppen würden noch viel besser abgeschnitten haben, wenn sie für sich allein gegen die Preußen gekämpft hätten."

In der Sitzung am Donnerstag antwortete der Kriegsminister v. Horn, die Teilung der Armee sei erfolgt, damit eine Beurteilung nach rein militärischen Gesichtspunkten erfolgen konnte und „politische Eifersüchteleien ausgeschlossen waren".

Die berühmten Polizei„stenogramme".

Von der Anklage der Beleidigung Wilhelms II., Hans Heinrich XIV. von Pleß und eines Landrats wurde Genosse Osterroth aus Waldenburg freigesprochen. Die Beleidigung wurde in einer Rede über die Reichsfinanzreform erblickt. Die Anklage stützte sich auf die von einem Amtssekretär und einem Gendarmen in einer öffentlichen Versammlung gemachten Notizen. Der Staatsanwalt beantragte 5 Monate Gefängnis gegen den Majestäts-, Fürsten- und Landratsbeleidiger, der, wie der Anklagevertreter bei der Begründung des Strafmaßes sagte, einer der eifrigsten sozialdemokratischen Agitatoren im Waldenburger Revier sei und kein Maß halte. Das Gericht konnte sich von der absoluten Sicherheit des Polizeistenogramms nicht überzeugen und sprach Osterroth von Strafe und Kosten frei, da die Aufzeichnungen doch nicht „ganz" zuverlässig zu sein scheinen. — Vor Eintritt in die Verhandlung hatte Genosse Osterroth den nationalliberalen Landtagsabgeordneten und Landgerichtsrat Krause wegen Befangenheit mit Erfolg abgelehnt.

Drei Gewerbeordnungsnovellen. Wie die Berliner Volkszeitung erfahren haben will, werden dem Reichstag im Januar drei Novellen zur Gewerbeordnung zugehen. Sie betreffen die Heimarbeit, die Arbeitszeit der Frauen und einen vermehrten Kinderschutz.

Die Reichstagsersatzwahl in Mülheim-Wipperfürth ist auf den 15. Februar, die eventuelle Stichwahl auf den 26. Februar anberaumt worden.

Ein Dementi. Ein Berliner Blatt brachte eine Meldung aus Petersburg, nach der der deutsche Konsul Daumiller in Charbin nach Manila versetzt worden sei. Daumiller ist durch den Konflikt bekannt geworden, den ein in Charbin ansässiger Deutscher mit der russischen Regierung hatte. Staatssekretär v. Schoen hat offenbar angenommen, daß ihm mit dieser Notiz ein Zurückweichen vor Rußland zum Vorwurf gemacht werden sollte, denn er erklärt in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung: „Der Vizekonsul Daumiller bleibt, wie bisher, in Charbin als Verweser des dortigen Konsulats, bis der zum Konsul in Charbin ernannte Beamte dort eintrifft. Dies ist der bisherige in Manila tätig gewesene Vizekonsul Heintze. Daß mit der Uebernahme des Konsulats Charbin durch einen ständigen Konsul die Tätigkeit des Konsulatsverwesers Daumiller ihr Ende erreichen würde, stand von vornherein fest und ist mit dem bereits beigelegten deutsch-russischen Zwischenfall in Charbin nicht in Verbindung zu bringen."

Ein agrarischer Erfolg. Die Güstrow. Ztg. bringt folgende lakonische Meldung:

Weienberg, 13. Dezember. Die vom Bund der Landwirte auf gestern nachmittag 4 Uhr nach Junkers Lokal einberufene Versammlung, in der Herr Stange-Berlin einen Vortrag über das Thema „Die Wahrheit über die Reichsfinanzreform" halten wollte, konnte nicht stattfinden, da keine Zuhörer erschienen waren.

Weienberg gehört zu dem Wahlkreise Mecklenburg-Strelitz, der im Reichstag durch den agrarischen Abg. Rauck vertreten wird. Nach der „Wahrheit", wie sie die bündlerischen Agitatoren verzapfen, scheint man nicht einmal in Mecklenburg mehr Verlangen zu tragen.

Der neugewählte weimarische Landtag wird amtlich auf Sonntag den 30. Januar 1910 zusammenberufen.

Der Herr Major. Wegen Beleidigung und Mißhandlung Untergebener wurde der Major v. Notz vom Grenadier-Reg. Nr. 7 arrest verurteilt. Der Angeklagte hatte in seiner Eigenschaft als Hauptmann der 6. Kompagnie Mannschaften mit dem gezogenen Degen über den Leib geschlagen, die geballte Hand „vor die Nase gehalten", so daß einem im Marsche befindlichen Soldaten die Nase blutete. — Die Oeffentlichkeit wurde bei der Verhandlung „wegen Gefährdung der Disziplin" ausgeschlossen.

Ein Feind der Monarchen. Wegen Majestätsbeleidigung und Beleidigung eines Wachtmeisters verurteilte das Schöffengericht in Wiesbaden einen Tagelöhner zu 6 Monaten Gefängnis. Der Angeklagte hat damit, wie festgestellt wurde, seine 36. Bestrafung wegen Majestätsbeleidigung erlitten.

Kleine politische Nachrichten. Der französische Senat hat den Gesetzentwurf über die Altersversorgung der Arbeiter in der Regierungsfassung angenommen. — Das Kriegsgericht in Paris verurteilte den Leutnant Lair wegen Unterschlagung und unerlaubter Entfernung von seinem Kommando zu 10 Monaten Gefängnis und zum Verluste seiner Charge als Leutnant. — Wie aus London gemeldet wird, ist dort die Basis für einen englisch-portugiesischen Handelsvertrag festgestellt worden. Die Zölle auf Textil-, Eisen- und Kurzwaren sollen gegen den jetzigen Tarif um zehn bis dreißig Prozent herabgesetzt werden. England werde infolgedessen gegen die scharfe deutsche Konkurrenz erfolgreich kämpfen können. — Wie aus Madrid amtlich gemeldet wird, haben sich die Kabylen von Bugasar dem General Marina unterworfen. — Zwischen den Blockhäusern von Dubnitza und Orlischt an der serbisch-türkischen Grenze überfielen Albanesen eine serbische Grenzpatrouille. Sie töteten einen Unteroffizier und einen Infanteristen. Hierauf entstanden Kämpfe, bei denen zwei Albanesen erschossen wurden. — Der griechische Finanzminister Evtaxias geht nunmehr daran, der Kammer das Budget vorzulegen und auseinanderzusetzen, wie er die für eine auswärtige neue Anleihe von 200 Mill. Fr. und ihren Tilgung erforderlichen Garantien zu beschaffen gedenkt. Die neuen Besteuerungen und besonders das beabsichtigte Alkoholmonopol machen im Volke viel böses Blut, und in den Provinzen soll es bedenklich gären. 500 radikale Studenten zogen vor das königliche Schloß und überreichten eine an die Königin adressierte Denkschrift, in der sie fordern, daß das von der Königin protegierte private Krankenhaus Evangelismos der Universität überlassen werde. Die Anstalt wird von der Polizei bewacht, um Ruhestörungen zu vermeiden.

Ausland.

Belgien.

Leopold gestorben.

Brüssel, 17. Dezember. König Leopold II. von Belgien ist in der Nacht zum Freitag an Darmverschluß gestorben.

Die bürgerliche Presse hat nun Ruhe. Seit vierzehn Tagen waren ihre Reporter mit heraushängender Zunge hinter den höfischen Bulletins her, die dann in der bürgerlichen Presse täglich eine Spalte beanspruchten. Schließlich aber war's nur eine alte Dankesschuld, die die landläufige Tages-Journalistik dem König der Belgier mit so viel Aufmerksamkeit abzahlte. Er hat der Presse mancherlei Sensationsstoff geboten, so daß man heute nicht nur weiß, daß er 1835 geboren und seit 1865 belgischer König war, sondern auch, daß er es nicht einmal mit der Repräsentationspflicht und Repräsentationswürde allzu genau nahm. Eduard II. von England schätzte den Verstorbenen als einen der Lustigsten von Pariser Amorettenmälen her; die Tänzerin Cleo de Merode und seine letzte Geliebte Baronin Vaughan kannten ihn als einen sehr freigebigen und auch im hohen Alter noch übernärrischen Liebhaber; das belgische Volk weiß, daß er dem allgemeinen Staatsinteresse entgegen gute private Kongogeschäfte zu machen verstand; und die Antiquitätenhändler hatten an ihm einen, der jedes Wertstück, dessen er habhaft werden konnte, zu Silber machte, um seine ihm grollenden Töchter in ihrem Erbe zu strafen und sein Privateinkommen zu erhöhen. Kurz: Der Antimonarchist wird sich des Verstorbenen nicht ohne dankbare Aufwallung erinnern, denn er tat im Leben so ziemlich alles, was das königliche Gottesgnadentum irgendwie zu diskreditieren vermochte.

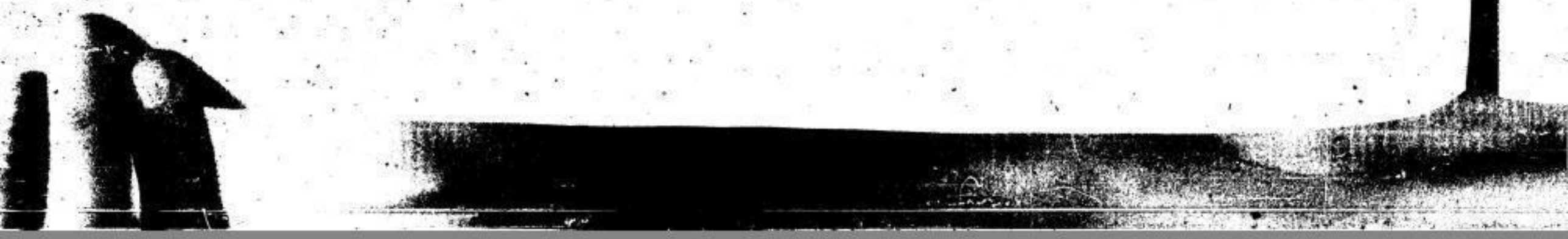
Rußland.

Die Knebelung Finnlands.

Neulich hat der General Seyn, der als neu eingesetzter Generalgouverneur die Knebelung Finnlands durchführen hat, vor einem Korrespondenten das Herz ausgeschüttet. „In diesem Moment herrscht im Lande absolute Ruhe. Wird sie jedoch andauern? In Anbetracht des verschlossenen Charakters der Bevölkerung wäre es sinnlos, diese Frage mit einem Ja zu beantworten. Jedenfalls müssen wir alle Maßnahmen treffen, um für alle Fälle bereit zu sein und müssen wir uns für jedwede Möglichkeit vorbereiten." Es könne auf keinen Fall geduldet werden, daß Finnland als selbständiger Staat auftrete. Wie dies allerdings zu verstehen ist, weiß man ja aus den letzten Beschlüssen der russischen Regierung zur Genüge. Und wer noch den Sinn seiner Worte nicht richtig würdigt, dem wird durch die folgenden Auslassungen des Generals Seyn jeder Zweifel genommen. Er fand es nämlich für nötig, auf den berüchtigten Bobrikow eine Lobeshymne zu singen, gerade auf jenen Bobrikow, dessen die Finnländer nicht ohne Schaudern gedenken. War er es doch gewesen, der die Autonomie Finnlands für Jahre zertrümmerte. Wenn Seyn nun meinte, der „höchst humane und gute" Bobrikow sei von den friedlichsten Absichten beseelt gewesen und habe nur, durch die Verhältnisse gezwungen, zur Strenge gegriffen, so ist das Programm des neuen Generalgouverneurs damit schon gegeben. Da war es wirklich ganz überflüssig, daß der Generalgouverneur erklärte, was auch passieren möge, die Reichsregierung werde ihn immer bereit finden, ihre Befehle zur Ausführung zu bringen. Als ob man es nicht wüßte, daß es ihm nur auf Grund dieser Absichten gelungen ist, seinen Vorgesetzten, den gerechteren Bäckmann, zu Falle zu bringen und auf den so lang von ihm ersehnten Unterdrückungsposten selber heraufzurücken.

Selbstverständlich!

Petersburg, 16. Dezember. Die Senatorenrevision des Militärhospitals in Moskau hat „große Mißbräuche" aufgedeckt.

Die russische Polizei im Ausland.

Petersburg, 14. Dezember. Wie die Rußkija Wiedomosti erfahren haben, ist der berüchtigte Harting wiederum nach Berlin zurückgekehrt, nachdem er zuvor eine zweimonatige Inspektionsreise durch Italien und andere westeuropäische Länder gemacht hatte. In Brüssel